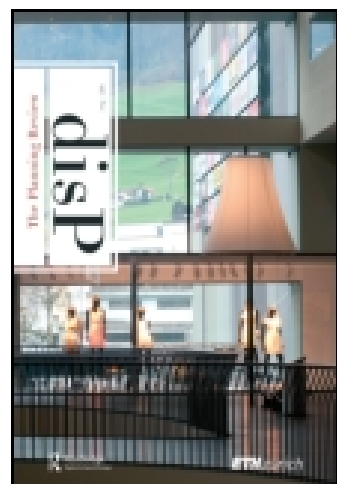


This article was downloaded by: [DLR-Bibliotheken], [Laura Gebhardt]

On: 26 November 2014, At: 23:51

Publisher: Routledge

Informa Ltd Registered in England and Wales Registered Number: 1072954 Registered office: Mortimer House, 37-41 Mortimer Street, London W1T 3JH, UK



disP - The Planning Review

Publication details, including instructions for authors and subscription information:

<http://www.tandfonline.com/loi/rdsp20>

Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Zeiten der Digital- moderne - drei Thesen

Laura Gebhardt^a, Marion Klemme^b & Claus-C. Wiegandt^c

^a Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), Institut für Verkehrsforschung, Berlin-Adlershof, Rutherfordstr 2, DE-12489 Berlin

^b Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Deichmanns Aue 31-37, DE-53179 Bonn,

^c Geographisches Institut der Universität Bonn, Meckenheimer Allee 166, DE-53115 Bonn,

Published online: 24 Nov 2014.

To cite this article: Laura Gebhardt, Marion Klemme & Claus-C. Wiegandt (2014) Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Zeiten der Digital- moderne - drei Thesen, disP - The Planning Review, 50:3, 111-120, DOI: [10.1080/02513625.2014.979050](https://doi.org/10.1080/02513625.2014.979050)

To link to this article: <http://dx.doi.org/10.1080/02513625.2014.979050>

PLEASE SCROLL DOWN FOR ARTICLE

Taylor & Francis makes every effort to ensure the accuracy of all the information (the "Content") contained in the publications on our platform. However, Taylor & Francis, our agents, and our licensors make no representations or warranties whatsoever as to the accuracy, completeness, or suitability for any purpose of the Content. Any opinions and views expressed in this publication are the opinions and views of the authors, and are not the views of or endorsed by Taylor & Francis. The accuracy of the Content should not be relied upon and should be independently verified with primary sources of information. Taylor and Francis shall not be liable for any losses, actions, claims, proceedings, demands, costs, expenses, damages, and other liabilities whatsoever or howsoever caused arising directly or indirectly in connection with, in relation to or arising out of the use of the Content.

This article may be used for research, teaching, and private study purposes. Any substantial or systematic reproduction, redistribution, reselling, loan, sub-licensing, systematic supply, or distribution in any form to anyone is expressly forbidden. Terms & Conditions of access and use can be found at <http://www.tandfonline.com/page/terms-and-conditions>

Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Zeiten der Digitalmoderne – drei Thesen

Laura Gebhardt, Marion Klemme und Claus-C. Wiegandt

English Title: Citizen Involvement and Commitment in the Modern Digital Age – Three Theses



San Francisco, München, Marseille, am dritten Freitag im September: Klappstühle, Sonnenschirme, Rollrasen und bunte Blumentöpfe blockieren – nein schmücken – zahlreiche Parkplätze. Es wird gegrillt, gepicknickt, getwittert.

(Quelle: http://benvia.com/bcn/wp-content/uploads/2014/09/IMG_4807.jpg)

Mit Beschreibungen wie die des jährlich stattfindenden *Park(ing) Days* illustriert der Kunsthistoriker und Feuilleton-Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* Hanno Rauterberg sein essayistisches Werk «Wir sind die Stadt – urbanes Leben in der Digitalmoderne». Rauterberg berichtet, wie der öffentliche Raum in unseren Städten durch Guerilla Gardening, Flashmobs, Public-Facebook-Partys oder eben durch den *Park(ing) Day* von den Bürgern neu bespielt wird. Mit vielfältigen Beispielen zeigt er, warum gerade die «Digitalmoderne» einen Nährboden für solche Entwicklungen – er nennt es «Urbanismus von unten» – darstellt.

Der *Park(ing)Day*, der seit 2005 in vielen Städten der Welt stattfindet, ist ein Beispiel für eine bottom-up Bürgerinitiative, die an der Gestaltung des öffentlichen städtischen Raums interessiert ist und sich mittlerweile weltweit online organisiert. Am *Park(ing)Day* möchten die Mitwirkenden darauf aufmerksam machen, dass der öffentliche Raum viel zu stark von Autos okkupiert wird, anstatt den Bürgerinnen

und Bürgern als Frei- oder Grünfläche zur Verfügung zu stehen. Die Partizipierenden können an diesem dritten Freitag im September ihre Stadt im Kleinen mitgestalten, indem sie eine Parkbucht bezahlen, aber diese nicht etwa für das Parken eines Autos, sondern stattdessen für einen temporären Park nutzen. «Wenngleich es immer nur Einzelne sind, die hier eine Parkbucht vorübergehend umkodieren, gedeiht in diesen Kleingärten doch ein Kollektivgefühl» (Rauterberg 2013: 105). Das Weitertragen dieser Idee und die weltweite Partizipation gelingen in diesem Masse nur dank der digitalen Vernetzung und den damit verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten.

Das Beispiel des *Park(ing)Days* ist nur eines von vielen. Die Zahl bürgerschaftlicher Aktivitäten, die durch den Einsatz webbasierter Medien Einfluss auf aktuelle Raumnutzungen und Planungsprozesse nehmen, wächst kontinuierlich. Gleichzeitig hat sich der Staat heute aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zurückgezogen. Leerstellen, die dabei entstehen, wer-

(Quelle: <http://parkingday.org>)

den von den Bürgerinnen und Bürgern gefüllt: Guerilla Gardening statt Gartenbauamt. Pop-up Event statt Wahlsonntag. Entgegen aller Befürchtungen vom Tod der Stadt (Friedmann 2002) in Folge der neuen Medien beflügelt das Internet den Wunsch, die eigene Stadt mitzugestalten.

Noch vor einigen Jahren waren es vergleichsweise wenige, die sich im Internet nicht nur informierten, sondern auch eigene Ideen veröffentlichten und diskutierten. Inzwischen werden diejenigen, die interaktive Internet-Plattformen wie Facebook, Twitter, YouTube oder Crowdsourcing und –funding aktiv nutzen, immer mehr, wie die jüngst durchgeführte Partizipationsstudie 2014 des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft zeigt (HIIG 2014). Dieser Studie zu-

folge wird das Netz nicht mehr ausschliesslich von einer technologieaffinen, gebildeten, vorwiegend jungen Bevölkerungsschicht genutzt (Borchardt 2014: 13). Stattdessen organisieren sich immer mehr zivilgesellschaftliche Akteure mit Hilfe medialer Formate. Immer häufiger werden Ideen und Vorstellungen der Bürger in virtuellen Foren gesammelt und diskutiert (Rauterberg 2013; Klemme 2011).

Die Stuttgarter Parkschützer (parkschuetzer e.V. 2013), der Leerstandsmelder (leerstandsmelder.de 2014) oder die Bewegung der Transition Town (Transition-Network 2013) stehen stellvertretend für zahlreiche Gruppierungen, die ihre Interessen an Stadtentwicklung über die neuen «Informations- und Vernetzungsplattformen» zum Ausdruck bringen.



Quelle: Leerstandsmelder.de

Zahlen und Fakten

Angemeldete Bürger: ca. 3400

Gemeldete Leerstände: ca. 4000

Laufzeit: 2010–dato

Initiator: Bürgerinnen und Bürger, Künstler und Raumsuchende / Gängeviertel e.V.

Link: <http://www.leerstandsmelder.de>

In vielen Städten fehlt es an bezahlbaren Wohnungen und Arbeitsräumen. Gleichzeitig stehen Flächen leer – einen Überblick darüber gibt es offiziell nicht. Die Initiative «Leerstandsmelder» möchte dies ändern. Auf der Webpage [leerstandsmelder.de](http://www.leerstandsmelder.de) werden die Bürger aufgefordert, Leerstände online zu melden. Dadurch sollen mehr Transparenz und ein Überblick über die bestehenden Leerstände in einer Stadt geschaffen werden. Die Online-Plattform soll eine Möglichkeit für den Austausch konstruktiver Ideen zum Umgang mit der Leerstandssituation bieten.

Kasten 1: Leerstandsmelder.

Gleichzeitig steigt das Interesse auf staatlicher Seite, webbasierte Medien für eigene Aufgaben und Zuständigkeiten einzusetzen. So hat z. B. der Deutsche Bundestag 2013 ein E-Government-Gesetz beschlossen, um «Voraussetzungen für zeit- und ortsunabhängige Verwaltungsdienste» zu schaffen (BMI 2014). Ein Ziel der Bundesregierung ist es unter anderem, die Öffentlichkeit früher in die Entwicklung von Grossprojekten einzubinden, um auf diese Weise ihre Umsetzung zu beschleunigen bzw. zu optimieren (BMI 2013). Inzwischen lassen sich zahlreiche Beispiele für die Nutzung neuer Medien auch im Bereich der Stadtentwicklung finden, die durch politisch-administrative Akteure eingesetzt wer-

den. Neben Online-Beteiligungen der Öffentlichkeit an formellen Planungsverfahren gibt es Wikis, Blogs, Foren oder interaktive Karten zu ganz unterschiedlichen Stadtthemen. Rauterbergs Veröffentlichung (2013) und die jüngeren Entwicklungen im zivilgesellschaftlichen wie auch im staatlichen Bereich geben Anlass, die Rolle webbasierter Medien für die baulich-räumliche Stadtentwicklung zu reflektieren und insbesondere die Folgen für die Governance in Planungs- und Stadtentwicklungsprozessen zu betrachten. Wir verstehen Rauterbergs Darstellungen als Inspiration, drei Thesen zum zukünftigen Stellenwert der webbasierten Medien in der räumlichen Planung zu diskutieren.



Foto: Laura Gebhardt, 2014

Zahlen und Fakten

Besucher der Webpage: ca. 68 000
Angemeldete Bürger: ca. 2400
Eingereichte Ideen: ca. 1300
Kommentare & Bewertungen: 11 600
Laufzeit: 2007–2008
Initiator: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Im Vorfeld der Planungen zu den innerstädtischen Freiflächen des ehemaligen Flughafens Tempelhof haben im Herbst 2007 rund 1400 Bürgerinnen und Bürger 390 Vorschläge in einer vierwöchigen Online-Diskussion formuliert und gemeinsam darüber diskutiert, was aus dem Flughafen Tempelhof werden soll. Die drei besten Ideen mit der grössten Unterstützung durch andere Teilnehmer wurden am 21. November 2007 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgestellt und Umsetzungen erörtert.

Kasten 2: Flughafen Tempelhof, Berlin.

Quelle: frankfurt-gestalten.de

Zahlen und Fakten

Angemeldete: > 80
Laufzeit: 2010–dato
Initiator: Open Knowledge Foundation Deutschland e.V./ Ehrenamtliches Engagement
Link: <http://www.frankfurt-gestalten.de/>

Im Internet können sich in Frankfurt seit 2010 Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene vernetzen, um ihre Stadt mitzugestalten. Die innovative Initiative, die von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. ausgeht, möchte via Twitter, Facebook und der interaktiven Webpage die Bürgerschaft bestmöglich über lokalpolitische Diskussionen und Entscheidungen informieren und Möglichkeiten zum Austausch bieten.

Kasten 3: Frankfurt gestalten.

Zur ersten These: Eigene Spielregeln. Keine Vereinnahmung, Spielräume lassen.

«Ziviler Ungehorsam belebt die Stadt» stellt Hanno Rauterberg (2013: 104) fest und erkennt im gleichen Atemzug die Freude der Aktivistinnen am kreativen Umgang mit dem öffentlichen Raum sowie ihre Begeisterung für das urbane Pop-up-Prinzip: «Nie zuvor war es möglich, dass sich aus einem kleinen Eingriff am Strassenrand binnen weniger Jahre eine Bewegung entwickelt, die überall (...) das Gesicht der Städte ein wenig verändert» (ebd.: 107). Bottom-up initiierte Projekte entstehen meist informell, poppen spontan auf, sind nicht unbedingt von Dauer und verlaufen nach ganz

eigenen Spielregeln. Genau dies macht den eigenen Charme bzw. den Kern dieser Aktivitäten aus. Nach eigenen Spielregeln aktiv zu werden, scheint – gerade in Zeiten der Digitalmoderne – attraktiver als sich in ein kommunales Planungsverfahren einbinden zu lassen, das starren Vorgaben zu folgen hat. Es scheint, als entsprechen die neuen Formen der Beteiligung besser dem heutigen Zeitgeist und den heutigen Lebensentwürfen. Als Stichworte seien hier Multilokalität, Schnellebigkeit, Digitalisierung oder die Gleichzeitigkeit von Aktivitäten genannt. Die webbasierte Form des «sich Einmischens» ist für einzelne Akteure im Alltag besser zugänglich bzw. leichter handhabbar. Anstatt sich auf offizielle, meist langfristige und

schwerfällige Planungsverfahren einzulassen, können die den Projekten zugrundeliegende Spontaneität genau dort Aktivitäten auf den Weg bringen, wo man sonst nach langem Vorlauf, vielen Überlegungen und bewusstem Abwägen vielleicht doch nicht mitmachen würde.

Einige solcher zivilgesellschaftlich initiierten Projekte zeigen, dass die Engagierten häufig schneller zu sichtbaren Erfolgen kommen als man es aus «herkömmlichen» Stadtentwicklungsprojekten kennt. Bei der Initiative «Nexthamburg» handelt es sich beispielsweise um ein Pilotprojekt, das 2009 an den Start ging. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt

Hamburg die Möglichkeit, Ideen zur Gestaltung ihrer Stadt online zu sammeln, sich miteinander zu vernetzen und zu diskutieren und dadurch die Diskussion in der Öffentlichkeit anzuregen. Entstanden ist eine neue Form der gemeinschaftlichen Stadtentwicklung, die mittlerweile auch auf andere Städte wie Kassel oder Zürich übertragen worden ist. Die Visionen der Bürger sind als partizipatives Gegenstück zu den offiziellen Plänen der Stadt gedacht – ein konstruktiver Diskussionsbeitrag, der die Schwachstellen öffentlicher Programme aufdeckt und zeigt, welche Kraft in den Ideen der Bürger steckt (Nexthamburg e.V. 2014).



Quelle: nexthamburg.de

Zahlen und Fakten

Online aktive Personen: ca. 10 000

Laufzeit: 2007–dato

Eingereichte Ideen: ca. 1000

Initiator: urbanista – privates Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger mit Herzblut für die eigene Stadt

Link: nexthamburg.de

Nexthamburg ist eine mittlerweile sehr bekannte und in weiteren Städten (Zürich, Kassel, Lissabon) aufgegriffene bottom-up Initiative. Das Anliegen ist es, auf Grundlage der Ideen der Hamburger Bürgerinnen und Bürgern Impulse für die Stadtentwicklung zu geben. Auf nexthamburg.de «können Bürger Ideen und Themen diskutieren, die im politischen Alltag keinen Raum finden. Denn gerade aus dem scheinbar Unmöglichen können wertvolle Projekte entstehen» (nexthamburg.de 2014). Der Initiative gelang es eine Bundesförderung zu erhalten und formierte sich im Anschluss daran als Unternehmersgesellschaft und Verein.

Kasten 4: Nexthamburg e.V.


Eine etwas anders gelagerte Form von Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung sind Crowdfunding Projekte. Die Bedeutung von Crowdfunding als alternatives Finanzierungsinstrument hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. So hat die wohl bekannteste Initiative «kickstarter» 2013 auf ihrer Webpage 480 Mio. US Dollar für 19.911 Projekte gesammelt. Ein immer grösserer Anteil der Projekte bezieht sich auf die Stadt- und Quartiersentwicklung. Die Idee vom «crowdfunding Urbanism» ist es, Stadtentwicklungsprojekte auf den Weg zu bringen, die von staatlicher Seite nicht initiiert bzw. finanziert, jedoch von der Bürgerschaft gewünscht werden. In Anbetracht der bereits durchgeführten

Projekte, wie z.B. der +Pool auf dem Hudson River in New York oder der Bau einer beeindruckenden Fussgänger Brücke in Rotterdam, kann die «Schwarmfinanzierung» durchaus als ein demokratisches Instrument der Stadt- und Quartiersentwicklung verstanden werden (Brandmeyer 2014). Auf der Webpage Kickstarter.com wird mit dem Slogan «Kickstarter is changing how millions of people around the world connect with design/art/culture» (kickstarter 2014) für die Teilnahme an den Projekten geworben. Dies zeigt, dass nur durch die Vernetzung von Menschen überall auf der Welt diese Projekte möglich sind. Auch hier sind die neuen Möglichkeiten der digitalen Vernetzung unverzichtbar.

+ POOL, Tile by Tile
by Family and PlayLab

Home Updates 22 Backers 5112 Comments 13

Funded! This project was successfully funded on July 12, 2013.



3,175 backers
\$273,114 pledged of \$250,000 goal
0 seconds to go

Project by Family and PlayLab New York, NY

K 2 created 3 backed
Has not connected Facebook
pluspool.org

Zahlen und Fakten (+ Pool NY)

Spendende Personen: 1203
Volumen: \$41 647
Laufzeit: seit 2009
Initiator: Privates Unternehmen
Link: www.kickstarter.com

Seit *kickstarter* 2009 online gegangen ist, haben 6.6 Millionen Menschen mit einer Billion Dollar 65 000 kreative, unkonventionelle Projekte mitgestaltet und finanziert. Ein prominentes Beispiel ist der public Swimming Pool im Hudson River in New York (+Pool), der durch die monetäre Unterstützung von 1203 Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden konnte.

Quelle: kickstarter.com

Kasten 5: Crowdfunded Urbanism: Kickstarter

Bei der Umsetzung solch unkonventioneller und informeller Projektideen stellen in Deutschland vor allem die hohe Regeldichte und die langen Genehmigungszeiten (Haury 2014: 113) eine Schwierigkeit dar: «Nach bekannten Mustern konzipierte Projekte lassen sich in festgelegte Nutzungsarten und Gebäudegruppierungen eindeutig einordnen und von Behörden schnell bescheiden. Doch informell, nicht standardisierte und neuartige Projekte wie z.B. von sogenannten Raumpionieren entsprechen meist keinen Standards» (ebd: 114). Im Moment scheinen die Verwaltungen «noch hin- und hergerissen zwischen den widersprüchlichen Anforderungen von Kreativität und Ordnung, Ausprobieren und Absichern, Freiheit und Kontrolle» (Willinger 2014: 147). Zumal sich weiterhin die Frage nach der demokratischen (An-)Bindung dieser Form der Stadtentwicklung stellt.

Wie dem auch sei: Diese neuen Beteiligungsformen beleben die Städte genau dort, wo offizielle Verfahren scheitern, wo lange Genehmigungszeiten und formale Barrieren kreativen Ideen keinen Raum bieten. Deterministische Planungen «sind meist auf eine extrapolierte Zukunft mit einem festgelegten Endzustand ausgerichtet» (Overmeyer/Buttenberg 2014: 138). Im Gegensatz dazu funktionieren bottom-up initiierte Projekte, die sich dank der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie ergeben, unter Umständen nur, weil sie eben nicht in etablierte Planungssysteme eingebunden sind und formalen Zwängen unterliegen. Daher sollte nicht zwangsläufig angestrebt werden, diese Aktivitäten in kommunale Planungsprozesse einzubinden und zu instrumentalisieren. Das Motto sollte vielmehr lauten: Einfach machen lassen! Spiel- und Lern-

räume lassen und ggf. seitens der öffentlichen Hand mehr Möglichkeitsräume für eben genau diese Aktivitäten zulassen.

Diese informellen Aktivitäten der Raumpioniere müssen nicht zwingend als fester Bestandteil von Stadtentwicklung betrachtet werden, die zwangsläufig in die bestehenden offiziellen Verfahren und Prozesse zu integrieren sind. Es ist zu mutmassen, dass dieser Schritt solche Initiativen eher blockieren oder gar im Keim ersticken könnte. Viel fruchtbarer scheint es, diese Aktivitäten als eine punktuelle Ergänzung zur langfristigen Planung zu verstehen: ganz ohne Anspruch auf Dauerhaftigkeit oder konkrete Zielorientierung. So entstand in Folge der Demonstrationen gegen Stuttgart 21 zum Beispiel die Bürgerinitiative «Stadtisten» (Die Stadtisten e.V. 2014). Viele Stuttgarter haben durch die Demonstrationen verstanden, dass sie bei der Planung ihrer eigenen Stadt mitreden können. Die «Stadtisten» wollen genau dies: mitreden und mitwirken. Mit Aktionen wie «Wir nehmen Platz» möchten die «Stadtisten» zum Beispiel die glatte, kühle, abweisende Oberfläche der Stadt verändern (Moorstedt 2014: 20).

Zur zweiten These: Öffnung etablierter Verfahren. Neue Möglichkeiten. Beteiligung auf Augenhöhe.

In vielen Kommunen in Deutschland wurde die Entwicklung und Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien lange Zeit nur aus der Ferne beobachtet. Das World Wide Web wurde meist nur als elektronischer Behördenanzeiger genutzt, um ausgewählte Informationen an Bürgerinnen und

Bürger weiterzugeben. Mittlerweile sind einige Städte jedoch dazu übergegangen, sich aktiver in das Geschehen einzumischen und das Thema E-Partizipation als relevanten Bestandteil ihrer E-Government-Strategie zu verstehen. Hanno Rauterberg (2013: 121f) bemerkt dazu: «Niemand soll den Eindruck haben, die öffentliche Verwaltung schotte sich ab, es werden Open-Space-Konferenzen abgehalten, Charette-Verfahren durchgeführt, internetgestützte Mitmachprozesse entwickelt.»

So werden Bürger auf kommunaler Ebene immer öfter aufgefordert, über das Internet mitzureden. Die Stadt Köln 2007 hat beispiels-

weise einen Bürgerhaushalt gestartet, in Essen und Berlin diskutieren viele Bürger im Netz, wo und wie die Stadt leiser werden kann (Stadt Essen 2014; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin), in Bremen gestalten die Bürger den Verkehrsentwicklungsplan 2025 mit (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr 2014) oder in der Stadtreion Hannover wird das regionale Raumordnungsprogramm unter einer online-Beteiligung der Bürger novelliert (Region Hannover Fachbereich Planung und Raumordnung 2013). Hierbei handelt es sich meist um eine Verknüpfung von analogen und digitalen Vorgehensweisen.



Quelle: buergerhaushalt.stadt-koeln.de

Zahlen und Fakten (Bsp. 2007)

Angemeldete Personen: 10 551
 Eingereichte Ideen: 4 966
 Bewertungen & Kommentare: 61 683
 Vorschlags-Aufrufe: 7 862 688
 Laufzeit: seit 2007
 Initiator: Stadt Köln
 Link: <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2013/>; <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2008/>

Im Jahr 2007 konnte sich die Kölner Bürgerschaft erstmals im Rahmen des Bürgerhaushalts an den Haushaltsplanungen der Stadt Köln beteiligen. Die jeweils 100 bestbewerteten Vorschläge pro Themenbereich wurden nach den erforderlichen Vorberatungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen dem Rat der Stadt Köln zur Entscheidung vorgelegt. Der Stadtrat hat sich intensiv mit diesen Ideen auseinandergesetzt und die Umsetzung oder auch eine begründete Ablehnung der einzelnen Vorschläge beschlossen. Eine grosse Anzahl der Anregungen ist bereits umgesetzt worden. Der online- Bürgerdialog scheint sich bewährt zu haben. So konnten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln bis Anfang Januar 2013 über die Verteilung des Haushaltsbudgets mitentscheiden.

Kasten 6: Bürgerhaushalt Köln.

Webbasierte Medien eröffnen für eine staatlich initiierte Bürgerbeteiligung durchaus neue Möglichkeiten (Flade/Höffken 2012). Medien der Generation 2.0 verfügen über Charakteristika, die weit über das herkömmliche Internet hinausreichen: «Auf den Plattformen des Web 2.0 vernetzen sich unzählige aktive Kommunikatoren untereinander. Jeder Teilnehmer ist zugleich Publikum und potentieller Produzent von Inhalten» (Meckel et al. 2013). So ermöglichen webbasierte Medien sowohl die Kommu-

nikation mit Vielen, erlauben aber auch einen vertieften Austausch mit ihren Teilnehmern (Schögel et al. 2008). Nach dem Verständnis der «Weisheit der Vielen» (Surowiecki 2004) kann das Wissen Vieler die Basis für eine verbesserte Entscheidungsfindung sein. Das Web 2.0 bietet durch die neuen Kommunikationsformate eine Grundlage für eine schnelle, effektive und weitreichende Konversation in Netzwerken und Gemeinschaften. Auf diese Weise manifestieren sich politische Interessen, koordinieren

sich Interessengruppen und können alle Akteure ihre Positionen gezielt in die öffentliche Debatte einbringen (Merkel et al. 2013). Soweit die grundsätzlichen Möglichkeiten – wie diese in der Praxis genutzt werden, bleibt weiterhin zu beobachten.

Das Instrument der klassischen Bürgerbeteiligung hat sich bisher «als zu schwach oder schlicht als ungeeignet erwiesen (...), um selbstorganisiertes Bürgerengagement über Förderperioden hinaus nachhaltig zu generieren und zu organisieren» (Gualini 2010: 3). Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Eigenschaften der webbasierten Medien den Bürgerinnen und Bürger tatsächlich weitere Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten als die klassischen analogen Verfahren eröffnen. Dieser Punkt ist ambivalent. Es kann einerseits argumentiert werden, dass sich die politischen, demokratisch legitimierte Verfahren und Prozesse in der räumlichen Planung nicht zwangsläufig verschieben und sich somit auch die grundlegenden Machtverhältnisse in den Entscheidungsprozessen nicht ändern. Das Dilemma der politischen Beteiligung, dass Interesse und Engagement oft erst bei persönlicher Betroffenheit in einer späten Phase der Planung entsteht, wird durch webbasierte Medien nicht verändert. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme sind in diesem Stadium trotz der neuen Technologien nur noch begrenzt. Und letztendlich ist auch in dieser Form der Beteiligung nicht sichergestellt, dass deren Ergebnisse in der anschließenden (politischen) Entscheidungsfindung tatsächlich berücksichtigt werden.

Andererseits gibt es viele Beispiele, die belegen, dass sich eben doch was ändern kann. Webbasierte Verfahren eröffnen immerhin mehr Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und intensives Einbringen in die Entscheidungsprozesse (Offenhuber/Ratti 2013) – ein Phänomen, das auch als Aufstieg der «Amateur-Experten» bezeichnet wird (Kurznetsov/Paulos 2010). Die zunehmende Verbreitung sowie die gesunkenen Kosten des Internets tragen inzwischen dazu bei, dass die webbasierten Medien verstärkt als Beteiligungsinstrument für die Öffentlichkeit an der politischen Entscheidungsfindung in der Stadtentwicklung eingesetzt werden (Märker/Wehner 2008a). Die Präsenz und die Rolle, die Bürgerinnen und Bürger in der Steuerung einer Stadt haben, können sich dadurch durchaus ändern. Dazu bedarf es aber der Offenheit der städtischen Politik: «Nur wenn sich das gewohnte Oben und das gewohnte Unten neu justieren, wenn sich die einen nicht als die allwissenden

Experten und die anderen als ewig fordernde Laien begreifen, wird zusammenfinden, was eigentlich nicht zusammenpasst: das liquide Wir des Bürgerkollektivs und das strukturbedachte Wir der Behörde» (Rauterberg 2013: 125).

Die offiziellen Verfahren und Prozesse behalten weiterhin ihre Gültigkeit und dennoch kann mit dem Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien etwas Neues entstehen. Etwas spielerisch Situativen – etwas, das dem herkömmlichen Vokabular der Planungspraxis nicht entspricht. Anhand konkreter Projekte aus der Stadtentwicklungspraxis ist zu beobachten, dass dieser neue «Urbanismus von Unten» die kommunale Politik direkt oder indirekt beeinflusst. So werden Projekte zum Beispiel nicht realisiert oder in anderer Form umgesetzt, weil ein Bürgerwiderstand sichtbar wird, der die webbasierten Medien zur Mobilisierung nutzt.

Flankierend dazu stellen die Reformen zum E-Government der vergangenen Jahre die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe hinsichtlich Qualität, Zeit und Effizienz in den Vordergrund. Es ergeben sich Chancen bei der Gestaltung neuer Organisationsstrukturen und Ablaufprozesse, aber auch für die Kommunikation mit Dritten im Aussenverhältnis. Die Entwicklungen führen – wenn auch nur ansatzweise – dazu, dass sich auf lokaler Ebene ein geändertes Verhältnis zwischen Staat und Bürgerschaft eingestellt hat, das auch für Planungsprozesse in der Stadtentwicklung relevant ist. Es zeichnet sich ein Wandel im traditionell etablierten hierarchischen Kräftespiel zwischen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ab: Akteurskonstellationen, Verfahren der Einflussnahme und Handlungskoordination werden vielfältiger.

Ob es angemessen ist, bereits von einer «neuen Macht der Bürger» (Walter et al. 2013) zu sprechen, kann an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden. Ungeachtet der Antwort auf diese Frage, ist jedoch zu erkennen, dass für die öffentliche Hand als politisch legitimierte Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger die Herausforderung wächst, eine akzeptierte, gemeinwohlorientierte Politik zu vertreten, die nicht einzelne Bevölkerungsgruppen auf die Barrikaden treibt. Es geht darum, transparente Prozesse und öffentliche Foren zu schaffen und diese auch in Planungsprozessen zu berücksichtigen, damit Planungsvorhaben von Anfang an im Dialog mit den Bürgern durchgeführt werden. Bei qualitativ hochwertigen Dialogverfahren kann von einer Art Gewaltenteilung, einer Form der «Balance

of Power» (Lietzmann 2011, 239) ausgegangen werden. Eine Voraussetzung für das Gelingen ist hier jedoch, dass die Ergebnisse von Beteiligung in politische Prozesse der Entscheidungsfindung eingebunden und dort berücksichtigt werden, also nicht parallel stattfinden oder im Sande verlaufen. Ob auf diesem Wege tatsächlich mehr Menschen in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden können oder ob es vielmehr eine «Mitmach-Maschine für Eliten» (Borchardt 2014) ist, bleibt durch die empirische Stadtforschung zu klären. Die digitale Spaltung ist ein zentraler, zu berücksichtigender Aspekt, da sie trotz weiter Verbreitung von Smartphone und Co. längst nicht überwunden ist, so der Politikwissenschaftler Markus Linden in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (Schmelzer 2014). Somit sind die digitalen Verfahren seitens der öffentlichen Akteure als zusätzlicher Kanal der Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung zu verstehen und zu nutzen (vgl. Grunwald et al. 2006; Westholm 2009), ohne die Offline-Bürger einer Stadt aus dem Blick zu verlieren.

Zur dritten These: Was bleibt? Die Frage der Dauerhaftigkeit.

Rauterberg (2013) beschreibt die neuen Formen der Bürgerbeteiligung als eine Bereicherung für den urbanen Raum. Er postuliert jedoch, dass diese oftmals keine langfristigen Veränderungen zur Folge hätten und nicht politisiert seien (Rauterberg 2013: 120). Wir möchten diesen Punkt aufgreifen und (optimistisch) weiterdenken.

Aus der Perspektive der etablierten Planungsorganisationen sind die «Spielereien» der Bottom-up initiierten Projekte schwer einzuordnen, kaum greifbar oder gar überflüssig. Es bleibt zu diskutieren, ob dieses spontane, zunächst nicht dauerhafte Engagement für einzelne Akteursgruppen in der Stadt nicht eben doch zeitgemässer ist als die gängige Planungspraxis kommunaler Ämter. Es ist das Situative, der Moment, der zählt in Zeiten von Pop-up-Events. «Eine doppelte Form von Plötzlichkeit prägt so die Stadt der Digitalmoderne: Es sind Aktionen, die ohne große Vorbereitung ad hoc in Erscheinung treten. Und die gerade deshalb ad hoc eine große Verbreitung finden» (Rauterberg 2013: 107). Möglich ist dies – zumindest in diesem Ausmass – erst durch die neuen Möglichkeiten digitaler Kommunikation.

Die Spontaneität und vor allem die Ergebnisoffenheit ist etwas Neues in der Planungspraxis.

Das bedeutet jedoch nicht, dass diese plötzlich aufpoppenden Aktionen oder Initiativen nicht politisiert sind und keine langfristigen Veränderungen hervorrufen können. Fakt ist, dass die neuen Graswurzelinitiativen meist problemorientiert aus der Sicht einzelner Akteure entstehen. Häufig auch politisch. So entstand die Stuttgarter Graswurzelinitiative «Stadtisten» in Folge der gemeinsamen Demonstrationen gegen das Grossprojekt Stuttgart 21. Mittlerweile ist aus der Initiative ein eingetragener Verein und eine Wählergemeinschaft geworden, die mit einem Sitz in den Stuttgarter Gemeinderat eingezogen ist (Die Stadtisten e.V. 2014).

An dieser Stelle können die eingangs genannten Beispiele Crowdfunding-Initiative, Park(ing) Day und Nexthamburg noch einmal in Erinnerung gerufen werden. Bei Crowdfunding-Projekten, wie dem + Pool in New York, die in ein neues Stück gebaute Stadt münden, erübrigt sich die Frage nach der Dauerhaftigkeit: Die durch die «Schwarmfinanzierung» gebauten Objekte gehören langfristig zum Stadtbild. Der 2005 zum ersten Mal in San Francisco durchgeführte Park(ing)Day feiert 2015 sein zehnjähriges Bestehen. Was mit der kreativen Besetzung einer einzigen Parkbucht begann, hat sich bis 2011 auf 975 Parks, 162 Städte, 35 Länder, sechs Kontinente erweitert (Rebar Group 2012). Und das zeugt nicht gerade von Kurzfristigkeit.

Und in Hamburg ist aus einem zeitlich begrenzten Pilotprojekt ein Verein entstanden. Dieser finanziert sich seit 2012 aus privaten Zuwendungen, aus Projekten mit Stiftungen und anderen Akteuren der Stadt (Nexthamburg 2014). Ob nach fünf Jahren bereits von Verstetigung gesprochen werden kann, ist diskutierbar. Es ist jedoch beachtlich, dass eine neue Form von gemeinschaftlicher Stadtentwicklungskultur entstanden ist, die mittlerweile auch in anderen Städten online praktiziert wird. Zudem zeichnet sich in Hamburg zunehmend eine Umsetzungsorientierung ab: «Seit 2009 sammelt Nexthamburg Ideen für die Stadt von morgen. 2012 ist aus über 700 Ideen die Hamburger Bürgervision entstanden. Ab 2014 wird es konkret: Mit unserem neuen Ableger Stadtmacher beginnt die Arbeit an den Projekten aus der Bürgervision.» (ebd.)

Im öffentlichen Sektor zeigt sich immer wieder, dass Ideen einschlafen, versanden oder nicht mit Leben gefüllt werden, weil von der ersten Idee bis zu ihrer Umsetzung zu viel Zeit vergeht. Daher ist es notwendig, die Kommunikations- und Gestaltungsprozesse in der Stadtplanung neu zu denken, um Hinweise zu erhalten, wie sich Akteurskonstellationen so-

wie Interaktionen zwischen den Akteuren im Zeitalter der «Digitalmodernen» verändern (Offenhuber/Ratti 2013). Durch eine Perspektivenerweiterung in der klassischen Stadtplanungspraxis können die webbasierten Formen von Beteiligung und Engagement – auch langfristig – einen Mehrwert haben. Die digitalen Möglichkeiten stellen dabei ein Potenzial dar, das erkannt und genutzt werden sollte.

Literatur

- BORCHARDT, A. (2014): Mitmach-Maschine für die Elite. *Süddeutsche Zeitung* vom 18. Juli 2014, S. 13.
- BMI (2013): Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften. Vom 25. Juli 2013. *Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013, Teil I Nr. 43*, S. 2749–2760.
- BMI (2014): E-Government-Gesetz. Abrufbar unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/IT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html (Zugriff: 9. Januar 2014).
- DER SENATOR FÜR UMWELT, BAU UND VERKEHR (2014): Bremenbewegen. Abrufbar unter: <http://bremenbewegen.de> (Zugriff: 20. Juli 2014).
- DIE STADTISTEN E.V. (2014): Homepage der Stadtisten. Abrufbar unter: <http://www.die-stadtisten.de> (Zugriff: 21. Juli 2014).
- FLADE, L.; HÖFFKEN, S. (2012): Stadt zum Mitmachen. Die Gestaltung urbaner Räume mittels Social Media und Bottom-Up-Beteiligung. E-Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2012. Abrufbar unter: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_flade_hoeffken_120710.pdf (Zugriff: 14. März 2014).
- FRIEDMANN, J. (2002): *The Prospect of Cities*. Minneapolis. London.
- GRUNWALD, A.; BANSE, G.; COENEN, C.; HENNEN, L. (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. *Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung*, 18.
- GUALINI, E. (2010): Zivilgesellschaftliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement in stadtentwicklungspolitischer Perspektive: kritische Überlegungen zur Thematik. In BECKER, E.; GUALINI, E.; RUNKEL, C.; GRAF STRACHWITZ, R. (Hrsg.), *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*. Stuttgart.
- HAURY, S. (2014): Der Mellowpark in Berlin Köpenick – eine informelle Nutzung auf dem Weg ins formelle Leben. In BBSR (2014), *Informeller Urbanismus. Informationen zur Raumentwicklung*, 2/2014. Bonn, S. 113–121.
- HIIG (Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft) (2014): Online mit machen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014. Abrufbar unter: http://www.hiig.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf (Zugriff: 20. Juli 2014).
- HÖFLER, C. (2014): Der Tahier-Platz ist jetzt unser Facebook – die Stadt als Protestraum in Zeiten sozialer Netzwerk. In BBSR (2014), *Informeller Urbanismus. Informationen zur Raumentwicklung*, 2/2014. Bonn, S. 95–102.
- IPM (2014): Citizensourcing. Abrufbar unter: <http://www.citizensourcing.de/citizen-ideation-innovation.html> (Zugriff: 07. Juli 2014).
- KICKSTARTER (2014): Homepage. Abrufbar unter: <https://www.kickstarter.com/> (Zugriff: 20. Juli 2014).
- KLEMMER, M. (2011): Stuttgart 21: Gefällt mir. Kommentieren. Teilen. Ein kurzer Streifzug durch web 2.0. *PNDonline II*.
- KREMER, E. (2010): *Stadtpark in Bewegung. Eine Perspektive für die Dessauer Mitte*. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.
- KURZNETSOV, S.; PAULO, E. (2010): Rise of the expert Amateur: DIY Projects, Communities and Cultures. *Proceedings of the 6th Nordic Conference on Human-Computer Interactions: Extending Boundaries*, S. 295–304.
- MACKRODT, U.; HELBRECHT, I. (2013): Performative Bürgerbeteiligung als neue Form kooperativer Freiraumplanung. *disP*, 49 (4), S. 14–24.
- MECKEL, M.; HOFFMANN, C. P.; BUCHER, E.; SUPHAN, A. (2013): Politiker im Netz. Der Social Media Activity Index 2011 des 17. Deutschen Bundestags Zwischenbereich. Abrufbar unter: http://isprat.net/fileadmin/downloads/pdfs/ISPRAT_Politiker_im_Netz_Uni_St_Gallen_Zb.pdf (21.11.2013).
- MOORSTEDT, T. (2014): Uns gehört die Stadt. *Neon*, Juli 2014, S. 16–24.
- NEXTHAMBURG (2014): Homepage Nexthamburg. Abrufbar unter: <http://www.nexthamburg.de/> (Zugriff: 28. Juli 2014).
- LIEZTMANN, H.J. (2011): Dialog konkret – Kriterien dialogischer Politik im Städtenetzwerk. *vhw FWS*, 5, S. 238–242.
- OFFENHUBER, D.; RATTI, C. (2013): Die Stadt entschlüsseln. Wie Echtzeitdaten den Urbanismus verändern. *Bauwelt Fundamente*, 150. Berlin.
- OVERMEYER, K.; BUTTENBERG, L. (2014): Raumunternehmen zwischen informeller Aktivierung und formeller Planung. In BBSR (2014), *Informeller Urbanismus. Informationen zur Raumentwicklung*, 2/2014. Bonn, S. 135–142.
- RAUTERBERG, H. (2013): *Wir sind die Stadt! – Urbanes Leben in der Digitalmoderne*. Surkamp.
- REBAR GROUP (2012): Reclaim your city. Parking Day. Abrufbar unter: <http://parkingday.org/> (Zugriff: 14. Juli 2014).
- REBAR GROUP (2014): Parking Day. DIY Planning Network. Abrufbar unter: <http://my.parkingday.org/> (Zugriff: 14. Juli 2014).
- REGION HANNOVER (2013): Abrufbar unter: <http://hannover.zukunftsbild.net/> (Zugriff: 21. Juli 2014).

Laura Gebhardt
Deutsches Zentrum für Luft- und
Raumfahrt e.V. (DLR)
Institut für Verkehrsforschung
Berlin-Adlershof
Rutherfordstr 2
DE-12489 Berlin
laura.gebhardt@dlr.de

Dr. Marion Klemme
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
Deichmanns Aue 31-37
DE-53179 Bonn
marion.klemme@bbr.bund.de

Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt
Geographisches Institut der
Universität Bonn
Meckenheimer Allee 166
DE-53115 Bonn
wiegandt@uni-bonn.de

- PARKSCHUETZER.DE E.V. (2013): Homepage. Abrufbar unter: www.parkschuetzer.de (Zugriff: 20. Juli 2014).
- SCHMELZER, T. (2014): Wirkungslose Wunderwaffe. Bürgerbeteiligung im Internet. *Süddeutsche Zeitung* vom 20. Mai 2014.
- SCHÖGEL, M.; HERHAUSEN, D.; WALTER, V. (2008): Interaktive Marketing-Kommunikation – Herausforderung und Chance für Konsumgüterhersteller. In BELZ, C.; SCHÖGEL, M.; ARNDT, O.; WALTER, V. (Hrsg.), *Interaktives Marketing. Neue Wege zum Dialog mit Kunden*. Wiesbaden, S.337–352.
- SENATSVORWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN (2013): Berlin wird leiser. Aktiv gegen Verkehrslärm. Abrufbar unter: <https://leises.berlin.de/> (Zugriff: 21. Juli 2014).
- STADT ESSEN (2014): Essen soll leiser werden. Abrufbar unter: <http://beteiligung.essen.de/laermaktionsplan/2013/startseite> (Zugriff: 22. Juli 2014).
- SUROWIECKI, J. (2004): *The wisdom of crowds. Why the many are smarter than the few and how collective wisdom shapes business, economies, societies and nations*. (Doubleday) New York, London, Toronto, Sydney, Auckland.
- TRANSITION NETWORK (2013): Homepage Transition Network. Abrufbar unter: <http://www.transitionnetwork.org/> (Zugriff: 29. Januar 2014).
- WALTER, F.; MARG, S.; GEIGES, L.; BUTZLAFF, F. (2013): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* Hamburg.
- WESTHOLM, H. (2009): Wandel der Formen politischer Partizipation und der Beitrag des Internet. Schlussfolgerungen aus Bevölkerungsbefragungen in Deutschland. In *ITA-manuscript 3*. Abrufbar unter: http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf (Zugriff: 3. April 2013).
- WILLINGER, S. (2014): Governance des Informellen. Planungstheoretische Überlegungen. In: BBSR (2014), *Informeller Urbanismus. Informationen zur Raumentwicklung*, 2/2014. Bonn, S.147–156.